1.2023

Ausguck:

DAS MAGAZIN DER
CDU-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
IM LAND BREMEN

CDU FRAKTION BREMEN

LANGSAM WIRD'S ENG – EINE BILANZ

Zeit für Veränderung: Heiko Strohmann stellt Zukunftskonzepte vor
Seite 4

Unsere Klima-Anleihe: So funktioniert sie
Seite 8

Auf der sicheren Seite mit Frank Imhoff
Seite 12

Ausguck:
1.2023

THEMA

Kaum zu glauben, aber Bremen 3

20. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft geht zu Ende 4

It's the ecology, stupid 6

So funktioniert die Klima-Anleihe 8

Nicht im trüben Wasser fischen 10

Rot-Rot-Grün gesteht Fehler in der Füchtlingspolitik 11

ZU GUTER LETZT

Auf der sicheren Seite 12

www.instagram.com/cdubremen

www.facebook.com/CDUFraktionBremen

twitter.com/CDUFraktionHB

Redaktioneller Hinweis:
Orientiert an der Empfehlung des Rates für deutsche Rechtschreibung vom März 2021 wird im Text das generische Maskulinum verwendet (externe Beiträge ausgenommen). Angesprochen sind damit alle Geschlechter.
Mehr Infos dazu hier: www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr_PM_2021-03-26_Geschlechtergerechte_Schreibung.pdf

KAUM ZU GLAUBEN, ABER BREMEN

Das Zauberbuch

Parkhaus Mitte: 2014 legte die CDU-Bürgerschaftsfraktion einen konkreten Abrissplan vor. Die SPD weicht aus und engagiert sich nur kurz vor Wahlen.

Rechte Dritter sind lästig. Vor allem, wenn sie bei Gericht eingetragen sind, etwa im Grundbuch. Dabei sind nur die wenigsten Bücher mit Zaubertinte geschrieben. Was dort steht, verschwindet nicht eben so, nicht einmal vor Bürgerschaftswahlen. 2023 nicht, 2019 nicht, auch anno 2015. Also muss man sich als SPD für die Wiederwahl etwas einfallen lassen, wenn missliche Zeilen im Grundbuch stehen, etwa zum Parkhaus Mitte. Ein Satz darin gewährt den Autos den Weg hinauf zum Dach von Galeria nebenan. Und unten, da dürfen ein Musikhändler und Karstadt Geschosse nutzen. Doch dieser Klotz muss weg, er bremst die Stadt, das sagen alle. 2019, kurz vor der Wahl fand die SPD einen Zauberer gegen den Bann im Buch: Der Magier versprach, ein geheimes Radiergummi gegen die störenden Zeilen zu schwingen. Doch nach der Wahl fiel auf, sie standen noch da, die bleiernen Rechte Dritter. Der Zauberer indes, er schwebte davon. Aber das Parkhaus, es steht noch dort und hält die Innenstadt gefangen.

Doch dann, welch' Schreck, der Mai er naht.
„Ein neuer Zauber muss her, oh Meister B!"
„Nur ruhig, Genossen, ich weiß schon Rat:
Verkauft's meine linke der rechten Tasch'
Merkt's keiner zur Wahl, wie ich sie vernasch!"

Kontakt:
jonitz@cdu-bremen.de

Details zu den
SPD-Zaubertricks gibt's hier

Grüne Wege nach Rom

Über Jahre im Sozialzentrum verstaubt und vergessen? Berge von Anträgen für wirtschaftliche Hilfen Betroffener.

Was nicht in den Akten ist, befindet sich nicht auf der Welt, lautet ein römischer Rechtsgrundsatz. Nun ist das Großreich von Cäsar, Augustus und Konstantin bekanntlich trotzdem untergegangen, im Jahr 476. Über die Ursachen wird bis heute gestritten. Doch wie manch andere Imperien auch, wurden die Römer von ihrer eigenen Bürokratie schier erdrückt. Dies im Blick, bräuchte sich Bremen keine Sorgen zu machen (sind wird doch klein). Auch grün geführte Behörden scheinen weniger gefährdet (galt die grüne Partei doch bislang als fortschrittlich). Wären da bloß nicht diese Akten, plötzlich aufgetaucht, aus dem Nichts zurück auf der Welt. Tausende, wohl über Jahre vergessene Ordner in Anja Stahmanns Sozial-Zentrum V. Zahllose ungeöffnete Briefe von Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Ansprüche vergeblich angemeldet haben? Jugendliche und Kinder mit Anspruch auf Unterhalt, aber ohne Geld? Die CDU-Bürgerschaftsfraktion setzte eine öffentliche Sondersitzung durch, in der die grüne Senatorin Rede und Antwort stehen musste, es aber – wie die Römer – nicht schaffte, die Sache (die Akten) wieder aus der Welt zu schaffen. Vielmehr überraschte die Senatorin mit der markigen Aussage: „Bis zum 14. Mai müssen alle die Füßen stillhalten." Anlass genug für die CDU, die Schicksale der Menschen hinter all den vergessenen Akten umso hartnäckiger aufzuklären. Denn eines bleibt unstrittig: Rom ging zwar unter. Doch die Menschen mit ihren Sorgen und Hoffnungen, sie blieben. Mit oder ohne Akten. Die CDU-Fraktion wird weiter aufdecken.

Kontakt:
ahrens@cdu-bremen.de

20. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft geht zu Ende

Ein Blick zurück von Heiko Strohmann

Kluge Köpfe. Starke Positionen. Konzepte für die Zukunft. Als CDU-Fraktion können wir stolz auf die vergangenen vier Jahre blicken. Während Rot-Rot-Grün mit ideologischen Debatten häufig an den echten Herausforderungen unserer beiden Städte vorbeidiskutiert, haben wir als stärkste politische Kraft die Wahlperiode genutzt und Lösungen für die Alltagssorgen der Menschen in Bremen und Bremerhaven erarbeitet. Wir haben die Antworten!

Fraktionsvorsitzender Heiko Strohmann: Mit unseren Antworten auf die wichtigen Fragen unserer beiden Städte sind wir bestens auf eine neue Verantwortung vorbereitet.

KLIMASCHUTZ UND MOBILITÄT MIT DEN MENSCHEN

Wir haben eine Antwort darauf, wie Bremen klimaneutral wird. Dank unserer Klima-Enquetekommission, die wir als CDU gegen den Widerstand der SPD durchgesetzt haben, ist Bremen das erste Bundesland mit einer fachlichen Strategie gegen den Klimawandel. Darüber hinaus haben wir ein Konzept vorgelegt, das neben einem attraktiveren ÖPNV und Lösungen für gerechtes Parken im Quartier auch einen besseren Rad- und Fußverkehr sowie Elektromobilität vorschlägt. Wir stehen für einen vernünftigen Mobilitätsmix, während die Grünen an ihrem Narrativ 'Fahrradfahren gut. Autofahren böse.' festhalten. Doch Verbotsschilder lösen die Herausforderungen nicht auf. Wir brauchen attraktive Alternativen zum Auto. Angebote machen, statt mit erhobenem Zeigefinger herumlaufen, das ist unsere Art der Politik!

BREMEN? ABER SICHER!

Mehr Sicherheit für Bremen und Bremerhaven. Aktenberge von mehr als 22.000 unbearbeiteten Strafanzeigen, wiederholt Anschläge auf Unternehmen, Kirche oder Polizei, angespannte Sicherheitslage und Drogenkriminalität am Bremer Hauptbahnhof - das zeigt: Innere Sicherheit hat keine Priorität für Rot-Rot-Grün. Aus der Opposition heraus haben wir trotz des Widerstands der Regierung mit zahlreichen Initiativen und öffentlichen Veranstaltungen mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger am Hauptbahnhof durchgesetzt, auch dass Dealer am Hauptbahnhof endlich konsequenter verfolgt werden und endlich Bewegung in Sachen Drogenkonsumraum kommt.

ARMUT GEHT UNS ALLE AN!

Nach über 75 Jahren SPD ist Bremen das ärmste Bundesland. Jeder vierte Mensch und fast jedes zweite Kind sind von Armut betroffen. Das geht uns alle an! Mit unserem Positionspapier, Initiativen und einer Veranstaltungsreihe haben wir wieder mehr Aufmerksamkeit auf diesen Missstand gelenkt. Um Armut wirksam zu bekämpfen, brauchen wir eine ressortübergreifende Strategie aus Bildung, Arbeit und Soziales. Gute Bildung und Ausbildung sind der beste Schutz vor Armut. Deshalb werben wir für eine Bildungs- und Berufsbildungsoffensive in Bremen und Bremerhaven: intensive Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft, Teilzeitausbildungen insbesondere für Alleinerziehende, Förderung von Aus- und Weiterbildung und Umschulung auch neben der Berufstätigkeit. Das schafft echte Perspektiven und bringt Menschen in Ausbildung.

AUSBILDUNGSABGABE? NEIN DANKE!

Der geplanten Ausbildungsabgabe von Rot-Rot-Grün erteilen wir eine klare Absage! Sie belastet Bremer Unternehmen finanziell in ohnehin schwierigen Zeiten. Außerdem sollen Unternehmen mir der Zwangszahlung im Grunde die Defizite der gescheiterten SPD-Bildungspolitik ausgleichen. Jeder zehnte Jugendliche verlässt die Schule ohne Abschluss. Für uns als CDU ist klar: Unternehmen sind keine Reparaturbetriebe für verfehlte Bildungspolitik!

BILDUNG IST ZUKUNFT

Seit Jahren belegt Bremen im Bildungsvergleich die letzten Plätze. Haben sich die Sozialdemokraten etwa mit den schlechten Ergebnissen abgefunden? Wir als CDU nehmen es nicht hin, dass unsere Jugend schlechtere Zukunftschancen hat. Wir haben den besseren Plan und unsere Vorschläge im Parlament und den Deputationen gemacht: verpflichtendes Vorschuljahr für Kinder mit Sprachdefiziten, mehr Erzieherinnen und Erzieher durch eine ausgeweitete praxis-integrierte Ausbildung (PiA). Und wir waren es, die die Debatte zum Aufbau eines unabhängigen Instituts für Qualitätsentwicklung angelehnt an das Positivbeispiel Hamburg für Bremen in Gang gesetzt haben.

Klimaschutzstrategie, Fokus auf Innere Sicherheit, Positionspapiere für die Bereiche Armut, Mobilität, Innenstadt und Hafenlogistik. Wir haben als CDU ein starkes inhaltliches Profil entwickelt. Mit unseren Antworten auf die wichtigen Fragen unserer beiden Städte sind wir bestens auf eine neue Verantwortung vorbereitet.

UNSERE VORSCHLÄGE FINDEN SIE HIER:

INNERES

ARMUTSBEKÄMPFUNG

GESUNDHEIT

HAFENPOLITIK

MOBILITÄT

SENIOREN

BILDUNG

INNENSTADT

It's the ecology, stupid!

Die Rolle der Wirtschaft steht in Zeiten des Klimawandels auf dem Prüfstand wie nie zuvor: Umbau, Dekarbonisierung oder Transformation sind Alltagsvokabeln in Politik und Gesellschaft. Auch im Zweistädtestaat ist der Handlungsdruck groß. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion initiierte die Klimaenquete-Kommission, veröffentlichte aus der Opposition heraus eine eigene Strategie. Entgegen aller grünen Versprechungen musste die Umweltsenatorin kürzlich einräumen, dass unser Land 2020 (trotz langer Corona-Lockdowns) deutlich mehr CO2 ausgestoßen hat, als das Bremische Klimaschutzgesetz es vorsieht.

Wirtschaftsförderung und Klimaschutz müssen keine Gegensätze sein.

Anlass für eine Spurensuche mit Susanne Grobien und Wiebke Winter

Ausguck: US-Präsident Bill Clinton startete sein Amt 1992 mit dem berühmten Satz „It's the economy, stupid!" Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit gäbe es nur durch die Wirtschaft. Es folgte der längste Konjunkturaufschwung der US-Geschichte. Die Arbeitslosenquote sank drastisch, das Staatsdefizit von vier Prozent baute Clinton ab und legte 1998 den ersten Haushalt mit Überschuss vor. Wäre eine nahezu bedingungslose Vorfahrt für die Wirtschaft in Zeiten des Klimawandels heute noch möglich?

Susanne Grobien: Clintons Politik war nicht die Ursache für den erneuten Aufstieg der USA in den 90ern. Ursache war die digitale Revolution. Der PC war auf dem Markt, das Internet entstand und die ersten echten Digital-Konzerne wie IBM, Microsoft und Hewlett-Packard krempelten den Markt völlig um. Clinton erkannte nur die Zeichen der Zeit und schuf den politischen Rahmen. Er wusste, an welcher Stelle er staatlich fördern, Bürokratie abbauen und den Bedenkenträgern die Stirn bieten musste. Das ist das Wesen seines berühmten Satzes.

Susanne Grobien: Der rot-rot-grüne Gewerbeentwicklungsplan ist reine Ideologie.

Ausguck: Übertragbar auf das kleine Bundesland Bremen?

Susanne Grobien: Eine vernünftige Regierung müsste nach der Corona-Krise und der Energiekrise die Zügel wieder loslassen, staatliche Eingriffe stark zurückfahren und den angestammten Unternehmen, den Gründern, der Forschung und Entwicklung so viel Freiraum bieten, wie nur irgend möglich. Aber Rot-Rot-Grün macht das Gegenteil, sie regulieren und bürokratisieren noch stärker als vor den Krisen. Wir Christdemokraten haben ein völlig anderes Verständnis von Ordnungspolitik. Das steht übrigens nicht im Widerspruch zum Kampf gegen den Klimawandel. Die Wirtschaft ist viel weiter, sie ist kein Gegner, sondern der notwendige Partner. Deswegen machen wir als Bürgerschaftsfraktion zweierlei: Wir weisen auf die schwerwiegenden wirtschaftspolitischen Fehler dieser Koalition hin, etwa beim Offshore-Terminal Bremerhaven, beim Gewerbeentwicklungsplan 2030 und nicht zuletzt bei dieser unsäglichen Ausbildungszwangsabgabe. Auf der anderen Seite machen wir zukunftsfeste Vorschläge für die Gewerbeentwicklung und für Forschung und Entwicklung. Aber dieser Senat lässt kaum eine Gelegenheit aus, unsere Job-Motoren durch ideologische Überregulierung abzuwürgen.

Ausguck: Insbesondere die Grünen betonen immer wieder, jeder ordnungspolitische Schritt stehe unter der Bedingung der Klimaneutralität. Das Modell der Kreislaufflächenwirtschaft im GEP 2030 folgt diesem Prinzip. Grünland für die Ansiedlung von Firmen zu entwickeln ist tabu, stattdessen sollen brachliegende, bereits versiegelte Flächen reaktiviert werden. Ist das so gänzlich falsch?

Wiebke Winter: Wenn es ausreichend brachliegende und auch zusammenhängende Flächen in Bremen und Bremerhaven gäbe, die verkehrlich und digital topp erschlossen wären oder zumindest in kur-

zer Zeit ohne viel Bürokratie reaktiviert werden könnten, dann könnte man über einen größeren Anteil Kreislaufflächenwirtschaft reden. Aber das ist doch blanke Illusion. Wir reden zum Teil zehn Jahre und mehr über einen halben Hektar hier oder dort. In der Zeit sind dort Birken durch den alten Asphalt gewachsen und die Umweltsenatorin stuft die Fläche als Wald ein. Die grüne Ideologie ist da unerbittlich. Nehmen wir nur das Thema Bauen, die engen Vorgaben des Bremer Standards: Rot-Rot-Grün hat hoch und heilig versprochen, er beträfe Neubauten von Unternehmen nur in Mischgebieten. Kaum gibt es dazu einen Konsens, betritt die grüne Umweltsenatorin ganz bewusst das nächste Territorium und sagt, der Bremer Standard gelte ausnahmslos für alle Gewerbeneubauten. Das ist mit uns nicht zu machen. Wir werden den Klimawandel nur stoppen, wenn wir die Wirtschaft nicht strangulieren.

Ausguck: Das klingt ein bisschen so, als würden Sie mal eben vom klimapolitischen in den umweltpolitischen Startblock wechseln.

Wiebke Winter: Ich will den Satz von Bill Clinton mal aufgreifen und in die Gegenwart übersetzen: It's the ecology, stupid! So könnte er heute lauten. Die Umwelt diktiert uns einerseits die Ressourcen und sie kann aber genauso unser Job-Motor sein. Wir befinden uns mitten in der nächsten industriellen Revolution. Der Umgang mit Verknappung, das ist einer der Grundpfeiler des Wirtschaftens seit Jahrtausenden. Wenn ein Sektor die neuen Notwendigkeiten infolge des Klimawandels – sicherlich nach vielen Widerständen, die politisch zu lösen waren – inzwischen weitgehend begriffen hat, dann ist es die Wirtschaft. Auch unsere Bürgerinnen und Bürger sind den Herausforderungen des Klimawandels viel aufgeschlossener, als manche Politiker es wahrhaben wollen. Die eigentliche klimapolitische Tragödie in Bremen spielt sich doch ganz woanders ab, bei der Umweltsenatorin selbst. Dort oben im Siemens-Hochhaus sitzt man seit Jahren über Excel-Tabellen, statt PV-Anlagen auf öffentlichen Dächern zu errichten. Dort schreibt man immer neue Gesetze, Verordnungen und Direktiven, statt die Wärmewende intelligent einzuleiten. Dort beauftragt man immer neue Machbarkeitsstudien, anstatt einfach loszulegen. Da fehlt ganz grundsätzlich Mut und Vertrauen in Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft. Mit dieser repressiven Einstellung werden wir die bremischen Hausaufgaben im Kampf gegen den Klimawandel nicht schaffen.

Susanne Grobien: Ich will die Gedanken von Wiebke mal um einen Grundsatz aus den Wirtschaftswissenschaften ergänzen: Die Umweltsenatorin will einfach nicht erkennen, dass man auch im Kampf gegen den Klimawandel stets den abnehmenden Grenznutzen im Blick haben muss. Mit steigendem Einsatz sinkt der jeweilige Effekt. Das weiß jeder Chemiker und genauso

Deputierte Wiebke Winter engagiert sich zunehmend für Fragen des Klimaschutzes.

jeder Unternehmer. Der Kampf um jeden Quadratmeter Grünland im rot-rot-grünen Gewerbeentwicklungsplan ist also reine Ideologie, ein politischer Arbeitsnachweis für die eigene Klientel, mehr nicht. Die immensen bürokratischen Kosten und die ausbleibenden Gewerbesteuern fressen jeden Nutzen auf: Dadurch fehlt Geld und Personal für Renaturierungs-Projekte, für eine effektivere Steuerung der ganz großen Klimaprojekte. Auch dort ging es nur auf Druck der CDU voran. Das muss man sich mal vorstellen: Wir setzen eine Klima-Enquetekommission gegen große Teil dieser rot-rot-grünen Koalition durch. Und es war Martin Michalik von der CDU, der gegen den massiven Widerstand der Regierung erreicht hat, dass die Emissionen des Stahlwerks in die CO2-Bilanz einfließen müssen. Ich gehe noch einen Schritt weiter: Die Frage, wie wir die 4.000 Arbeitsplätze beim Stahlwerk sichern können, indem das Werk auf grünen Wasserstoff als Energieträger für das Stahlkochen umgestellt wird, auch diese für Bremen und unseren Klimabeitrag maßgebliche Frage haben wir von der CDU auf die Tagesordnung gesetzt. Aus tiefer Überzeugung, wirtschaftspolitisch und klimapolitisch Hand in Hand.

Kontakt:
grobien@cdu-bremen.de
winter@cdu-bremen.de

Dringlichkeitsantrag zum Kauf
von Gewerbegrundstücken

So funktioniert die Klima-Anleihe

Kurz erläutert von Jens Eckhoff

Jens Eckhoff: 'Vater' der bremischen Klima-Anleihe

Kontakt
eckhoff@cdu-bremen.de

Rot-Rot-Grün in der Bürgerschaft kürzlich behauptet, unser Konzept der Klima-Anleihe sei weniger effektiv als ihre Idee, Klima-Investitionen durch noch mehr staatliche Schulden zu finanzieren. Dafür will Rot-Rot-Grün sogar die Schuldenbremse aushebeln. Wir widersprechen. Hier in Kürze erklärt, wie unsere Anleihe funktioniert:

Die landeseigene Förderbank BAB (Bremer Aufbaubank) bietet Bürgerinnen und Bürgern und institutionellen Anlegern die Möglichkeit, ihr Geld zu einem garantierten, jährlich ausgeschütteten Guthabenzins für einen festen Zeitraum bei ihr anzulegen (Anleihe). Das so eingenommene Geld darf nur zu einem vorher öffentlich bekanntgemachten Zweck für Projekte verwendet werden (Prospekthaftung), die geeignet sind, den Ausstoß von Kohlendioxid (CO2) in Bremen und Bremerhaven zu einem vorab streng ermittelten Wert zu reduzieren (Klimaschutzmaßnahme).

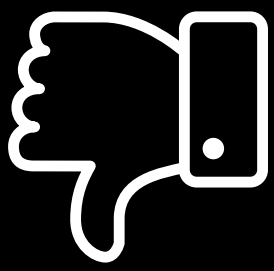
Die BAB schreibt die Maßnahme aus und vergibt den Auftrag an geeignete Firmen. Beispielhafte Zwecke sind: Energetische Sanierung im Wohnbestand, klimaeffizienter Neubau, Ausbau Wärmeversorgung, Neubau Photovoltaik etc. Die BAB stellt vertraglich sicher, dass der Auftragnehmer die Maßnahme binnen Frist umsetzt. Nach Umsetzung sichert die Maßnahme durch Energieeinsparungen und neue Einnahmen (grüne Stromproduktion etc.) die Rückzahlung der Anlagesumme und der Zinsen sowie der Kosten der BAB (Personal, administrativer Aufwand). Öffentliche Haushalte (Stand, Land) werden nicht belastet. Die erste Auflage der Klima-Anleihe wird 1,5 Milliarden Euro (kalkuliert) für den Klimaschutz mobilisieren, ohne den Steuerzahler dabei zu belasten.

Unsere Klima-Anleihe beteiligt Bremerinnen und Bremer über die staatliche Aufbaubank (BAB) an gesicherten Gewinnen aus Klima-Investitionen direkt vor Ort, während rot-rot-grüne Risikoschuldenpolitik dazu dient, Steuergelder bei Bedarf auch zweckfremd auszugeben.

Geld kann nicht durch Politik zweckentfremdet werden	👍
Klima-Anleihe ist keine Verschuldung öffentlicher Haushalte	👍
Rot-grüne-rote Milliarden-Schulden im Haushalt bezahlen alle Bürger ab Einkommen über Existenzminimum	👎
Beteiligung an Klima-Anleihe freiwillige Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger	👍
Auch Kleinsparer profitieren: ab 500 Euro kann man mitmachen	👍
Staatlich garantiertes Sparen mit festen Zinsen	👍
Rot-Rot-Grün kann keinen Klimaschutz: - nur eine PV-Anlage jährlich auf öffentlichen Dächern - jährlich bleiben Millionen Euro für energetische Gebäudesanierung liegen	 👎 👎
BAB ist Profi im Managen großer Investitionen	👍
BAB finanziert seit Jahren energetische Sanierungen von Wohnraum in HB	👍
BAB kann auch energetische Großprojekte, siehe Quartier Klushof in BHV	👍

CDU-KLIMA-ANLEIHE:
sicheres Geld und gutes Gewissen

ROT-ROT-GRÜN:
unsoziale Schulden und schlechteres Klima



Nicht im trüben Wasser fischen

Klimapolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion und Vorsitzender der Klima-Enquetekommission in Bremen.

Warum Debatten über die Wasserversorgung versachlicht und entpolitisiert werden müssen

Die rot-rot-grüne Koalition hat 2021 ihr Versprechen stabiler Abfallgebühren gebrochen und damit selbst den Beweis geliefert, dass ihre Rekommunalisierung der Abfall-Dienstleistungen die Menschen am Ende teuer zu stehen kommt. Viele Bremerinnen und Bremer spüren das seit dem 1. Januar 2022 auf der eigenen Abrechnung: Für alle stieg die Grundgebühr um 18 Prozent; im Gegenzug gibt es weniger Leerungen! Beim Restmüll kostet die Abfuhr der 60-Liter-Tonne sogar 30 Prozent mehr. Auch dieses Beispiel bestätigt die traditionell skeptische Haltung der CDU-Bürgerschaftsfraktion, wenn der Ruf nach Rekommunalisierungen laut wird.

Aus gutem Grund zwingen Gesetze der EU und des Bundes die Kommunen in bestimmten Konstellationen alle Jahre zur Ausschreibung von Nutzungsrechten (Konzession). Die Versorgung mit Trinkwasser und die Klärung von Abwasser ist in Bremen so ein Fall. Ende 2028 laufen die Verträge der Stadt Bremen mit der hanseWasser Bremen GmbH (Abwasser) und der wesernetz Bremen GmbH (Trinkwasser) aus. Die Konzession erlaubt beiden Unternehmen, den städtischen Grund und Boden zu nutzen. Das Leitungsnetz indes ist nicht Vertragsgegenstand, es gehört vielmehr den Unternehmen, egal ob das Recht zur Nutzung des städtischen Grund und Bodens ausläuft oder nicht. Schon das macht die Frage – wer ab dem 1. Januar 2029 die Bürger am preiswertesten und verlässlichsten mit frischem Wasser versorgen und das Abwasser reinigen kann – recht kompliziert.

Doch das ist nicht alles: An der hanseWasser ist die Stadt bereits zu 25,1 Prozent beteiligt. Diese Minderheitsbeteiligung schließt es kategorisch aus, der hanseWasser das Recht über 2028 hinaus ohne Vergabeverfahren weiter einzuräumen. Aus CDU-Sicht ist das im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft auch gut und richtig so: Schützt es private Unternehmen doch davor, von der kreditwürdigen Öffentlichen Hand durch viele kleine Beteiligen und Firmenzukäufe nach und nach aus dem Markt verdrängt zu werden.

Nun könnte die Stadt alternativ überlegen, vor Auslaufen der Konzession mit viel Geld ihre Anteile an den Unternehmen auf eine beherrschende Größe zu erhöhen, wodurch das beschränkende EU-Recht nicht mehr so stark greift. Aber darf eine Stadt (womöglich durch Aussetzung der Schuldenbremse) üppige Kredite aufnehmen, um Firmen ‚zu übernehmen', ohne dass sich dadurch Verbesserungen für den Bürger ergeben? Denn die oben genannten Betriebe haben in der Vergangenheit wiederholt bewiesen, dass sie ausgezeichnete Dienste zu guten Preisen für Haushalte, Wirtschaft und auch die Öffentliche Hand im Bereich Wasser erbringen.

In vergangenen Wahlkämpfen haben insbesondere Gewerkschaften manche politische Partei angestachelt, diesen oder jenen Übernahme-Deal dennoch zu riskieren, etwa Abfall-Dienstleistungen in Bremen. Begründung: Die Belegschaft würde dann – bei der Stadt angestellt – besser verdienen. Wäre das im Bereich Trink- und Abwasser überhaupt der Fall? Auch hier ist die Lage komplex. Und nochmal schwieriger zeigt sich die rechtliche und finanzielle Lage dadurch, dass die wesernetz Bremen GmbH ein Mehrspartenunternehmen ist, auch Gas- und Stromnetze unterhält, und in diesen Bereichen für andere Kommunen tätig ist. Hier gelten zusätzliche Regeln, abseits der Frage, ob die anderen Städte und Gemeinden einfach so Platz machen, wenn Bremen mehr Einfluss ausüben will.

Insofern tritt die CDU-Bürgerschaftsfraktion dafür ein, diese komplizierte, aber für den Alltag der Bürgerinnen und Bürger ab 2029 sehr entscheidende Frage der Wasserversorgung tunlichst aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Fachliche Aufklärung ist gefragt, die den Menschen Schritt für Schritt auch transparent erläutert wird. Nur so fischen wir bei der Wasserversorgung nicht im Trüben. Ohnehin ist klare Sicht auf die Dinge der beste Schutz gegen Interessen aus dem Hintergrund. Oberstes Gebot ist nicht politischer Einfluss, sondern Gebührenstabilität und Versorgungssicherheit. Nur das kann im Sinne der Menschen sein.

Übrigens ist die Verhandlungsposition von Städten bei Konzessionsvergaben zum Betrieb von Netzen im städtischen Grund und Boden extrem gut. Neu auszuschreiben, ist daher eine echte Alternative. Man braucht nicht weit zu schauen, etwa nach Oldenburg. 2014 erhielt der angestammte Betreiber von Strom- und Gasnetzen nach einem transparenten Verfahren erneut die Konzession. Er legte schlicht das wirtschaftlichste Angebot vor. Und was hat das mit Bremen zu tun? Betreiber dort ist die mehrheitlich kommunale EWE. Ihr gehört bei uns zu 100 Prozent die swb. Der wiederum gehört die wesernetz und mehrheitlich die hanseWasser. Im Grunde sind die Wassernetze in Bremen also bereits seit langer Zeit in kommunaler Hand.

Kontakt
michalik@cdu-bremen.de

Rot-Rot-Grün gesteht Fehler in der Flüchtlingspolitik

Innenpolitikerin Christine Schnittker im Gespräch mit Sigrid Grönert (Soziales).

Die Abgeordneten der CDU-Bürgerschaftsfraktion aus Bremen wie Bremerhaven kritisieren das neue Verfahren der rot-rot-grünen Regierung zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA). Sigrid Grönert, sozialpolitische Sprecherin und Abgeordnete für die Hansestadt, sagt: „Die grüne Sozialsenatorin Anja Stahmann räumt jetzt per Gesetz ein, dass ihr Prinzip absoluter Freiwilligkeit bei der Umverteilung minderjähriger Ausländer ein Fehler war. Denn Integration kann nur gelingen, wenn die Möglichkeiten von guter Unterbringung, Betreuung, Beschulung, Ausbildung und Wohnraum vorhanden sind. Diese Voraussetzungen sind in Bremen schon lange erschöpft, auch weil sich die liberale Bremer Umverteilungspolitik herumgesprochen hat und die Stadt deshalb gezielt angesteuert wird. Allein die Hansestadt hat 2022 dreimal so viele umA aufgenommen, wie das Land dies nach dem Königsteiner Schlüssel insgesamt hätte tun müssen. Und jetzt, da die Politik der Sozialsenatorin am Ende ist, soll künftig Bremerhaven den Senat retten.“

Christine Schnittker, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete für die Seestadt, erläutert: „So einfach, wie Frau Stahmann es uns allen weismachen will, ist der neue Plan von Rot-Rot-Grün nicht. Die geplante Umverteilung nach Bremerhaven wird über alles betrachtet mindestens fünf neue Stellen in den beteiligten Verwaltungen kosten. Übrigens auch in Bremerhaven, die Erläuterungen dazu im neuen Gesetz von Rot-Rot-Grün sind mehr als interpretationswürdig. Hätte Frau Stahmann in den letzten Jahren nicht dreimal mehr junge Menschen aufgenommen, als der Königsteiner Schlüssel das für unser Bundesland vorsieht, wären wir heute wesentlich besser aufgestellt, um die jungen Menschen vernünftig zu versorgen und ihnen bessere Voraussetzungen für eine gelingende Integration zu bieten.“

Kontakt
schnittker@cdu-bremen.de
grönert@cdu-bremen.de

Ausguck:
1.2023

christdemokratisch
hanseatisch
unterhaltsam

Ein Magazin der
CDU-Bürgerschaftsfraktion
im Land Bremen

Am Wall 135 · 28195 Bremen
T. 0421 - 3089 4 - 0
F. 0421 - 3089 4 - 44

Verantwortlich für den Inhalt
(V.i.S.d.P.): Dr. Andreas van Hooven
(Pressesprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion)

Erscheinungsweise:
4 Ausgaben jährlich

Auflage:
3.500 Exemplare

Fotos:
Shutterstock, Tobias Koch, Manja Hermann, CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen, evannovostro – stock.adobe.com, Alexey Novikov – stock.adobe.com

Gestaltung:
Swakowski | Grafikdesign

Druck:
BerlinDruck GmbH + Co KG, Achim

Das Magazin und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung bedarf der Zustimmung des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Social Media:
Facebook: CDU-Fraktion Land Bremen
Twitter: twitter.com/CDUFraktionHB
Instagram: instagram.com/cdubremen

RECYCLED
Papier aus Recyclingmaterial
FSC® C011814
FSC www.fsc.org

Auf der sicheren Seite

Eine Meinung von Frank Imhoff

Wenn sich Frauen nicht mehr trauen, bei Dunkelheit zu Fuß durchs Viertel oder zum Bahnhof zu gehen, dann läuft etwas grundsätzlich falsch. Da helfen auch keine Beteuerungen der Behörden, man würde in puncto Innere Sicherheit ganz viel unternehmen. Die Zahl der Übergriffe auf weibliche wie männliche Spaziergänger ist viel zu hoch. Das haben unsere parlamentarischen Anfragen an die Regierung in den letzten Monaten schonungslos offengelegt. Viele Täter konnten nicht ermittelt werden, andere wurden zwischenzeitlich auf freien Fuß gelassen und wurden erneut straffällig. Überfälle und sogar Messerattacken nahmen in den letzten Jahren nachweislich wieder zu. Nach der aktuellen Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2022 werden im Land lediglich 45,5 % aller Straftaten aufgeklärt. Das ist nicht einmal jeder zweite Fall! Damit hat sich die Quote gegenüber 2021 nochmal um 3,5 Prozentpunkte verschlechtert. So kann es nicht weitergehen. Der Staat muss Sicherheit und Ordnung durchsetzen und dafür die nötigen finanziellen Mittel aufbringen. Tut er das nicht und weicht aus der Öffentlichkeit zurück, sendet die Politik ein fatales Signal an gewaltbereite Menschen. Die Fraktionen von SPD, Grünen und Linken lassen die dazu notwendige Stärke vermissen. Wir Christdemokraten hingegen haben in den letzten Jahren klar auf den Tisch gelegt, dass die Sicherheit der Menschen für uns höher wiegt und wie wir diese erreichen. Mit uns kann man also rechnen, vor allem, wenn man auf der sicheren Seite sein will.

Seit 1999 Abgeordneter der CDU-Bürgerschaftsfraktion, bringt Frank Imhoff so viel politische Erfahrung mit, wie kaum ein anderes Mitglied im Parlament.

Kontakt
imhoff@cdu-bremen.de

CDU FRAKTION BREMEN